

Teil I: Theorie

Forschungsgegenstand: Der Dritte Sektor im Wandel

2 Worüber reden wir – „Der“ dritte Sektor und seine Organisationen

Was unter *dem* Dritten Sektor verstanden wird, kann näher bestimmt werden, indem man den Blick darauf lenkt, wovon er sich abgrenzt, was er also nicht ist, als auch über eine Beschreibung dessen, welche (gesellschaftlichen) Funktionen und Aufgaben er übernimmt, welche (gesellschaftlichen) Leistungen er erbringt, welche Charakteristika ihn ausmachen und welche AkteurInnen als ihm zugehörig gelten. Alltagssprachlich wird der Begriff des Dritten Sektors teilweise synonym mit Begriffen wie Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft, Nonprofit Sektor, gemeinnütziger Sektor oder Sozialwirtschaft verwendet (vgl. Wagner n.n.: 10). Außerdem werden in gleichem Atemzug Begriffe wie Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement genannt, die offensichtlich in enger Verbindung zum Dritten Sektor stehen (Liebig/Rauschenbach 2010: 262). Und letztlich sind es vor allem die Organisationen (Nonprofit-Organisationen, NGOs oder Nichtregierungsorganisationen, gemeinnützige oder zivilgesellschaftliche Organisationen), auf die der Fokus gelegt wird, wenn es darum geht, eine Standortbestimmung des Dritten Sektors vorzunehmen.

Es wird deutlich, dass an dieser Stelle viele Konzepte und Begrifflichkeiten zusammenkommen, ihre Abgrenzung untereinander aber längst nicht eindeutig und die Bemühungen darum abgeschlossen sind. Auch innerhalb der scientific community konnte sich bisher auf keine abschließenden Definitionen geeinigt werden (Breit/Massing 2002: 5). Deshalb gilt es hier, sich näher anzuschauen, was unter Drittem Sektor verstanden wird und wo Abgrenzungen und Überschneidungen zu anderen Konzeptionen identifiziert werden können. Diese Differenzierung ist jedoch lediglich eine analytische, da die Vorstellungen über den Dritten Sektor und Nonprofit-Organisationen nicht losgelöst voneinander betrachtet werden kön-

nen. Nichts desto trotz soll der Versuch unternommen werden, die Frage zu beantworten: Was meinen wir eigentlich, wenn wir über den Dritten Sektor und seine Organisationen sprechen?

2.1 Der Dritte Sektor in Deutschland

Auf Basis des Dritten-Sektor Ansatzes wird eine Aufteilung der Gesellschaft in verschiedene Bereiche, *Sektoren*, vorgenommen. Demnach besteht neben den Sektoren Staat und Markt noch ein Dritter Sektor, der sich gegenüber diesen abgrenzt lässt (ebd.: 5).¹ Erstmals Einzug in die scientific community fand der Begriff Anfang der 1970er Jahre in den USA, als der Soziologe Amitai Etzioni eine dritte Alternative neben die beiden Sektoren Staat und Wirtschaft setzte, den Dritten Sektor, der „may well be the most important alternative for the next few decades, *not* by replacing the other two, but matching and balancing their important roles“ (Etzioni 1973: 315). Der Dritte-Sektor-Ansatz impliziert ursächlich, dass drei klar abgegrenzte Sektoren identifiziert werden können, die unterschiedliche Aufgaben für verschiedene gesellschaftliche Bedarfe erfüllen. Aber bereits Etzioni lässt die Schlussfolgerung zu, dass alle Sektoren in einem Verhältnis zueinander stehen, miteinander interdependent agieren, woraus sich folgern lässt, „dass es sich beim Dritten Sektor nicht um ein statisches Gebilde handelt, sondern um einen dynamischen, stets in Veränderung befindlichen sozialen Prozess, der folglich auch nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern nur in Abhängigkeit bzw. Abgrenzung von den anderen "Sektoren" zu bestimmen ist.“ (Birkhölzer 2005: 72).

Der Zusammenhang zwischen Staat, Markt und Dritter Sektor in Deutschland spiegelt sich folglich in einem komplexen Gefüge von teilweise historisch gewachsenen Dimensionen wider. Insbesondere die Beziehung zum staatlichen Sektor sticht dabei hervor, da das Verhältnis zu diesem „in einem dreifachen Sinne [...] als konstituierend anzusehen [ist]“ (Anheier 1998: 351 f.): Nicht nur setzt er die gesetzlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer der Dritte Sektor agiert; beide Sektoren stehen auch in einer „wirtschaftlichen Wechselbeziehung“ (ebd.) zueinander, was bedeutet, dass viele gesellschaftlichen Leistungen, die der Dritte Sektor erbringt durch staatliche finanzielle Zuschüssen subventioniert werden. Letztlich besteht auch eine Rückkopplung vom Dritten Sektor in Richtung Staat, die auf der Bündelung und Vertretung gesellschaftlicher Interessen durch den Dritten Sektor beruht und somit in den politischen Kontext zurück spiegelt wird (vgl. ebd.: 351 f.).

¹ Der Bereich ‚Familie‘ oder ‚Gemeinschaft‘ wird oftmals als weiterer Bereich definiert, dem gegenüber sich der Dritte Sektor abgrenzen lässt (vgl. Zimmer/Priller 2007: 16).

Des Weiteren charakterisiert sich das Verhältnis zwischen Drittem Sektor und Staat durch die drei Prinzipien Subsidiarität, Selbstverwaltung und Gemeinwirtschaft (Anheier 1998: 356 ff.; Liebig/Rauschenbach 2010: 261; Anheier et al. 2007: 20). Von diesen drei Prinzipien kommt der *Subsidiarität* eine besondere Rolle zu (vgl. Anheier 1998: 356), da sie sich vorwiegend auf den Bereich der Wohlfahrtsproduktion bezieht und in diesem Kontext den sechs Wohlfahrtsverbänden eine gesetzlich verankerte „privilegierte Stellung“ (Anheier et al. 2007: 21) zuweist. Diese herausragende Rolle basiert auf der Übereinkunft, dass die konkrete Ausführung sozialer Dienstleistungen vorrangig durch die Wohlfahrtsverbände organisiert und erfüllt wird, diese Dienstleistungen gleichzeitig aber durch öffentliche Mittel des Staates finanziert werden. Diese nach dem Zweiten Weltkrieg gewachsene „spezifische Form der Partnerschaft“ (ebd.) hatte zur Folge, dass sich der Dritte Sektor insbesondere im Bereich der sozialen Dienste und dem Gesundheitswesen stärker ausweiten konnte als in anderen, wie etwa dem Kultur- oder Bildungsbereich (ebd.). Des Weiteren kann dem Subsidiaritätsprinzip eine Schutzfunktion zugesprochen werden, denn er schirmte bis zu den Sozialreformen in den 1990er Jahren die Wohlfahrtsverbände vor einer Wettbewerbssituation mit anderen privaten und kommerziellen Anbietern sozialer Dienstleistungen weitestgehend ab (vgl. Kraus/Stegaescu 2005: 2).

Das Prinzip der *Selbstverwaltung* fokussiert auf „die Beziehung zwischen Staat, den kommunalen Körperschaften und der Zivilgesellschaft“ (Anheier 1998: 356). Es basiert auf die im 19. Jahrhundert bestehenden Konflikte zwischen BürgerInnen und Staat, aus denen der Wunsch nach einer selbstständigen Verwaltung gesellschaftlicher Aufgaben heraus entstand. Gemeinnützige Organisationen konnten sich damals demnach frei aus der ständischen und heute kommunalen Ordnung heraus entwickeln, wenn auch der Handlungsspielraum durch geltende Gesetze festgesetzt wird (vgl. Liebig/Rauschenbach 2010: 261; Moos/Klug 2009: 117; Anheier et al. 2007: 20).

Letztlich bezeichnet das Prinzip der *Gemeinwirtschaft* die Organisation des wirtschaftlichen Sektors und bezeichnet eine Wirtschaftsform, in der die gemeinschaftliche Nutzenmaximierung im Gegensatz zu individuellen erwerbswirtschaftlichen Gewinnen im Vordergrund steht (vgl. Liebig/Rauschenbach 2010: 261; vgl. Proeller/Krause²). Durch seinen Anspruch, eine alternative Staatsform zum Sozialismus und dem Kapitalismus zu finden, bereitete dieses Wirtschaftsprinzip der „Genossenschaftsbewegung und [der, C.R.] Einrichtung von Organisationen auf Gegenseitigkeit im Bank- und Wohnungswesen“ (Anheier et al. 2007: 20) den Weg.

² <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/6043/gemeinwirtschaft-v8.html>, zuletzt online abgerufen am: 18.09.2014

Die Beziehung zwischen Drittem Sektor und Wirtschaftssektor scheint zunächst nicht so stark ausgeprägt zu sein, wie die zwischen Drittem Sektor und Staat, was jedoch, wie bereits beschrieben, eher auf strukturelle Bedingungen zurückzuführen ist. Wirtschaft und Dritter Sektor agieren jedoch in den letzten Jahrzehnten verstärkt miteinander, seitdem die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors hinsichtlich der Bereitstellung von Arbeitsplätzen und damit etwa die Besteuerung zum volkswirtschaftlichen Einkommen erkannt wurde (vgl. Anheier et al. 2007: 17; vgl. Liebig/Rauschenbach 2010: 261; vgl. Zimmer/Priller 2004b). Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich können damit aber gleichzeitig auch direktere Auswirkungen auf den Dritten Sektor haben, was sich etwa in den überschneidenden Bereichen wie dem Sponsoring zeigt, wenn „bestehende Geschäftsbeziehungen [...] laufend überprüft und allenfalls neu definiert werden“ (Badelt et al. 2007b: 623). Aktuell zeigt sich außerdem, dass beide Sektoren verstärkt als Konkurrenten in Erscheinung treten und eine Verschiebung vermeintlicher Zuständigkeitsrechte über bestimmte Bereiche stattfindet, was sich – strukturell bedingt – in herausragender Weise bei den sozialen Dienstleistungen sowie im Gesundheitswesen, aber auch in anderen Bereichen zeigt (vgl. ebd.; vgl. Zimmer et al. 2001: 213 f.). Gleichzeitig ist aber auch eine Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem Dritten Sektor erkennbar, indem etwa unternehmensintern verstärkt Abteilungen für Corporate Citizenship eingerichtet werden, die sich auf den Kontakt zum Dritten Sektor spezialisiert haben (vgl. Liebig/Rauschenbach 2010: 262; Wex 2004: 53 f.), oder das Unternehmenshandeln unter das grundsätzliche Prinzip der Corporate Social Responsibility gestellt wird.

Was erkennbar wird, ist, dass eine gewisse Durchlässigkeit der Sektoren untereinander eine vollständige getrennte Darstellung sowohl in der Theorie als auch in der Empirie erschwert, vielleicht letztlich auch nicht notwendig macht. Diese Durchlässigkeit wird insbesondere mit der Übernahme einer Handlungslogik, die ursprünglich einem Sektor individuell zugeschrieben wird, nun aber auch Anwendung in einem anderen Sektor findet, begründet.

Ohne tiefergehend auf das gesamte Instrumentarium und die Genese der Luhmann'schen Systemtheorie einzugehen, erscheint zumindest eine grobe Einordnung an dieser Stelle erfolgsversprechend. Spricht man nämlich über die Einteilung der Gesellschaft in Sektoren und deren Handlungslogiken, ist die Systemtheorie trotz ihrer theoretischen Schwächen anschlussfähig, erlaubt sie doch eine detaillierte Betrachtungsweise der Sektorstrukturen und ihrer zugrunde liegenden Operationsweisen. Vergleichbar (wenn auch voraussetzungsreicher) mit dem Begriff des Sektors ist Luhmanns Begriff Teilsystem. Für ihn haben sich verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme herausgebildet, da sich die Gesellschaft zunehmend funktional differenziert. Das heißt, jedes Teilsystem erfüllt eine gesellschaftliche Funktion und tut dies auf der Basis einer bestimmten Logik. Des

Weiteren agieren Teilsysteme eigenständig und selbstreferentiell, was bedeutet, dass alle ihnen zugehörige Operationen dem Selbsterhalt dienen und damit Teilsysteme grundsätzlich als geschlossen, aber nicht *abgeschlossen* gelten. Für den Austausch mit anderen Systemen stehen Instrumentarien wie strukturelle Kopplungen und Interpenetrationen zur Verfügung. Für die Frage, welche Operationen in einem System verarbeitet werden können, hält Luhmann die Begriffe des symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums und des Codes bereit: Jedes System verfügt über ein für es selbst spezifisches symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium. In ihm ist die Funktion des Systems insofern verankert, als dass sich alle Operationen an diesem Medium ausrichten und damit „die Autopoiesis des Systems bewirken“ (Luhmann 2009: 42). Zudem sind symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien als „Tauschmedien“ (Luhmann 2005: 214) für die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den Systemen zuständig. Innerhalb dieses Kommunikationsmediums ist weiterhin ein für das System spezifischer binärer Code eingebunden, auf den jedes autopoietische, selbstreferentielle System angewiesen ist, „um die eigene Selbstreferenz zu symbolisieren“ (Luhmann 1998: 223). Anhand dieser dualen, also binären, Leitdifferenz, die auf einem entweder/oder-Schema basiert, zeigt sich, welche Operationen selektiert und im System selbst verarbeitet werden können. So werden nicht ausgewählte Elemente aufgrund dieses Schemas ausgeschlossen, können anschließend zwar weiterhin existieren, aber nicht als Teil des Systems (vgl. Luhmann 1990: 209). Eine binäre Codierung kennzeichnet also immer eine Grenze, eine Differenz, stellt gleichsam aber auch eine Einheit dar. Die Festlegung des Codes für das jeweilige System kann dabei nicht von außen gesteuert werden, sondern wird durch die Strukturen des Systems bestimmt. Entlang der Strukturen findet letztendlich auch die Selektion derjenigen Elemente statt, die tatsächlich in das System gelangen, um dort verarbeitet zu werden (vgl. Rentzsch 2010: 31 ff.).

Folgt man dieser Argumentation, kann dem System Wirtschaft oder dem Sektor Markt das Kommunikationsmedium Geld zugeschrieben werden, das sich dann entlang des Codes zahlen/nicht zahlen orientiert (vgl. Luhmann 1988: 245). Außerdem werden ihm Prinzipien wie Wettbewerb und Gewinnmaximierung zugeteilt (vgl. Zimmer/Priller 2007: 16). Das Teilsystem Staat hingegen gibt es in seiner Reinform in der Luhmann'schen Systemtheorie nicht. Vielmehr betrachtet er den Staat als Teil des politischen Systems, welches nach dem Medium Macht agiert und als Codierung der Dualität Opposition/Regierung folgt (vgl. Czerwick 2008: 91; Luhmann 2002: 29 ff. bzw. 87). Der staatliche Sektor zeichnet sich also in seiner Steuerung durch die Logiken Hierarchie und Macht aus (vgl. Zimmer/Priller 2007: 16).

Dem Dritten Sektor hingegen wird diesem Schema nach eine zivilgesellschaftliche Logik zugeschrieben, die sich innerhalb seiner Organisationen wiederfindet und deren Handlungen dem Prinzip der Solidarität folgen, was eine Zuordnung zu den beiden Sektoren Staat oder Markt erschwert (vgl. Birkhölzer et al. 2005: 10; Priller/Zimmer 2000: 2; vgl. Zimmer 2002: 1; vgl. Zimmer 2014: 166). Backhaus-Maul/Mutz hingegen formulieren vorsichtiger: „Wir wissen empirisch, dass wir es in der Tat mit einem gesellschaftlichen Sektor neben Markt und Staat zu tun haben; ob er auf eigenlogischen Strukturen und eigenständigen Modi der Handlungskoordination basiert, ist bislang nur in Ansätzen beschrieben.“ (Backhaus-Maul/Mutz 2005: 96).

Wagner unterscheidet grundlegend zwei Perspektiven auf den Gegenstand des Dritten Sektors und argumentiert, dass neben der zivilgesellschaftlichen Betrachtung auch ein ökonomischer Zugang möglich sei, der dann jedoch eher den Begriff „Sozialwirtschaft“ umfasst und sich von der zivilgesellschaftlichen Blickrichtung insbesondere durch seine theoretische Entstehung und Einordnung auszeichnet (vgl. Wagner n.n.: 11 ff.).

Die beschriebenen Aspekte dienen als grobe theoretische Einordnung, was unter dem Dritten Sektor verstanden werden kann. Diese Einordnung ist jedoch nicht erschöpfend und lässt Fragen offen, etwa in Hinblick auf ein detaillierteres Zusammenspiel der Sektoren, ihrer individuellen Strukturen oder ihrer Schnittstellen miteinander. Überdies kann davon ausgegangen werden, dass das Verhältnis zwischen Drittem Sektor und den beiden anderen aufgrund ihrer vielfältigen Verflechtungen nicht „konfliktfrei, [...] sondern spannungsgeladen“ (Priller/Zimmer 2005: 114) ist.

Es bestehen alternative Konzeptionierungen zum Dritten-Sektor-Ansatz und an dieser Stelle sei besonders auf Arbeiten verwiesen, die den Dritten Sektor als „intermediären Bereich“ definieren (vgl. Evers 1995; vgl. Evers 2008: 279; vgl. Wex 2004). Dieses Konzept weicht den Dritten-Sektor-Ansatz auf und begreift die drei dort identifizierten Bereiche nicht (mehr) als Entitäten, die individuellen und klar abgrenzbaren Logiken folgen. Vielmehr sieht das Konzept des intermediären Bereiches vor, dass *verschiedene* Logiken miteinander kombiniert auftreten (vgl. Evers/Ewert 2010). Für die vorliegende Arbeit werden diese theoretischen Überlegungen jedoch zunächst nicht weiterführend diskutiert, da sie sich dem Phänomen vorrangig auf der Makroebene nähern. Die vorliegende Arbeit widmet sich jedoch der Meso- und damit der Organisationsebene. Aus diesem Grund folgt die Arbeit dem Dritten Sektor Ansatz insofern, als dass damit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass Organisationen dieses Bereiches oder Sektors *grundsätzlich* als „Hybride“ agieren, sich der Dritte Sektor aber trotzdem durch eine andersartige, wenn auch nicht einzelne, Logik als die von Staat und Markt von ebenjenen abgrenzt. Überschneidungen schließen sich dabei nicht aus,

sondern werden vielmehr anerkannt und berücksichtigt. Die Arbeit fokussiert in Folge dessen auf den zivilgesellschaftlichen und nicht den ökonomischen Zugang (vgl. Wagner n.n.: 21).

Unabhängig davon, welcher theoretischen Konzipierung gefolgt wird, können spezifische Funktionen identifiziert werden, die der Dritten Sektor übernimmt und die er sich einerseits selbst sucht, die ihm andererseits aber auch von dritter Seite zugeschrieben werden. So wird ihm insbesondere die Funktion der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen zugeschrieben, welche die in erster Linie durch die Sozialgesetzgebung festgelegten Dienste im Rahmen der Wohlfahrtspflege und dem Gesundheitswesen umfassen und eng mit dem Subsidiaritätsprinzip verknüpft sind (vgl. Anheier et al. 2007: 21; vgl. Kraus/Stegarescu 2005: 10; Zimmer et al. 2001: 213). Damit kann ihm gleichzeitig aber auch eine Entlastungsfunktion gegenüber dem staatlichen Sektor zugeschrieben werden, da dieser die Möglichkeit erhält, bestimmte Aufgaben auszugliedern. Eine solche Entlastungsfunktion lässt sich auch auf die legitimatorische Ebene übertragen: indem dem Dritten Sektor die Lösungskompetenz gesellschaftlicher Probleme übertragen wird, „die in einer Demokratie mit marktwirtschaftlicher Ordnung an sich nicht zu lösen sind, wie etwa Arbeitslosigkeit, Diskriminierung von Frauen oder Minderheiten“ (vgl. Zimmer 2007: 188), gibt der Staat seine Verantwortung ab, Lösungen zu entwickeln, kann deshalb aber auch für den Fall des Scheiterns nicht in die Pflicht genommen werden. Gleichzeitig scheint diese Entwicklung zu bestätigen, dass dem staatlichen und dem marktlichen Sektor die Kompetenz aber auch die Fähigkeit, Reformen und Innovationen anzustoßen und umzusetzen, mittlerweile verstärkt abgesprochen wird und der Dritte Sektor als Möglichkeit angesehen wird, diese Lücke zu schließen (vgl. ebd.: 179; vgl. Stecker/ Nährlich 2005: 177).

Auch der demokratietheoretischen Seite des Dritten Sektors kommt in Verbindung mit einem zivilgesellschaftlichen Hintergrund zunehmende Bedeutung zu (vgl. Zimmer/Priller 2005: 51), weshalb unter diesem Bereich verschiedene Funktionen subsummiert werden können. Diese stehen unter der übergreifenden Zuschreibung, der Dritte Sektor stelle die „zivilgesellschaftliche Infrastruktur“ (ebd.: 58) der Gesellschaft dar. Hierunter fallen die Bündelung von Interessen und Meinungen sowie deren Artikulation gegenüber Dritten. Des Weiteren fungiert der Dritte Sektor als Bindeglied zwischen Staat, Gesellschaft und BürgerIn und eröffnet diesen/r die „Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation“ (Zimmer 2007: 186; vgl. Zimmer/Priller 2005: 56).

Die Funktionen, die mit dem Dritten Sektor assoziiert werden sind vielfältig, die Anforderungen und Ansprüche an ihn hoch. Dies führt dazu, dass er einen zum Teil stark idealisierten Charakter erhält und als ‚Allround-Talent‘ für gesellschaftlichen Wandel diskutiert wird. Je nach Kontext geschieht dies „mal

mehr unter sozialpolitischen, mal mehr unter beschäftigungspolitischen oder gesellschaftspolitischen Vorzeichen“ (Birkhölzer 2005: 72).

Anhand der bisherigen Ausführungen zeigt sich, dass Forschung zum Dritten Sektor in Deutschland in den letzten Jahren interdisziplinär zugenommen hat und in der Soziologie, der Verwaltungs- und Politikwissenschaft sowie der Wirtschaftswissenschaft diskutiert wird (vgl. Zimmer 2002: 5). Dabei lag der Fokus, insbesondere in der Politikwissenschaft, bislang vorwiegend auf dem Verhältnis zwischen Drittem Sektor und Staat, wobei Aspekte der Ressourcenverteilung sowie Legitimierung eine bedeutende Rolle einnahmen und einnehmen (vgl. Anheier 1998: 351). Hier findet sich zum einen die verwaltungswissenschaftliche Perspektive, die den Dritten Sektor „als Partner des Staates bei der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungserstellung“ (Zimmer 2007: 186) betrachtet und den Blick unter anderem auf konkrete Politikfelder legt; zum anderen wird zunehmend der demokratietheoretischen Perspektive Bedeutung geschenkt, die bis in die 1990er Jahre hinein wenig untersucht wurde und sich verstärkt aktuellen Fragestellungen widmet, etwa welche Rolle der Dritten Sektor innerhalb der gesellschaftlichen Selbstorganisation, des „gesellschaftlich-politischen Wandels“ oder der Interessenvertretung spielt (vgl. Zimmer/Priller 2005: 53; vgl. Zimmer 2007: 190). Die demokratietheoretische Perspektive ist außerdem eng mit Fragen des soziologischen Zugangs verbunden, der sich „schwerpunktmäßig mit "Voluntary Action", d.h. mit freiwilliger Mitarbeit, ehrenamtlichem Engagement und bürgerschaftliche-zivilgesellschaftlicher Partizipation [beschäftigt]“ (Zimmer 2007: 186). In diesem Zusammenhang war auch die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002) richtungsweisend für die Dritte Sektor Forschung.

Vor dem Hintergrund der vorherigen Ausführungen scheint es sinnvoll, den Dritten-Sektor-Ansatz auch als solchen zu verstehen, ihn als „heuristisches Modell“ (Zimmer 2002: 1) oder „Theorem mittlerer Reichweite“ (ebd.: 7) zu charakterisieren, das einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich erfassen möchte, dabei in verschiedene, definitorische Richtungen hin offen bleibt und noch nicht erschöpfend erklärt ist.

Des Weiteren unterliegt der Dritte Sektor selbst Veränderungen auf verschiedenen Ebenen, die jedoch auf organisationaler Ebene nachvollzogen werden können und die Gegenstand der vorliegenden Arbeit sind. Der Dritte-Sektor-Ansatz erlaubt, diese Veränderungen durch seine empirische Ausrichtung zu erfassen und in einen größeren Kontext einzuordnen, etwa in den Kontext gesellschaftlicher Machtverteilung (vgl. Zimmer 2007: 212; vgl. Badelt 2007b: 101).

2.2 NPOs als spezifische Organisationsform

Die Untersuchungsebene des Dritten Sektors stellen die ihm zugehörigen Organisationen dar (vgl. Zimmer 2007: 212). Formal dem Dritten Sektor zugerechnet werden Organisationen, die die Merkmale formale Strukturiertheit, organisatorische Unabhängigkeit vom Staat und eigenständige Verwaltung aufweisen. Darüber hinaus sind sie nicht gewinnorientiert ausgerichtet und die Mitgliedschaft bzw. die Mitarbeit in ihnen zeichnet sich durch das Prinzip der Freiwilligkeit aus (vgl. Badelt et al. 2007a: 7). Mit dieser sehr breiten Charakterisierung können dem Dritten Sektor eine Vielzahl an unterschiedlichen Organisationen zugerechnet werden, die einerseits aus den neuen sozialen Bewegungen entstanden (vgl. Anheier 1998: 351), andererseits aber auch „Wohlfahrts- und Jugendverbände, die Gewerkschaften, die Sportvereine, sozio-kulturelle Zentren, Verbraucherorganisationen und Umweltschutzgruppen als auch Selbsthilfegruppen sowie entwicklungspolitisch agierende Initiativen“ (Liebig/Rauschenbach 2010: 260) umfassen. Damit vereint der Dritte Sektor „ein heterogenes Spektrum kollektiver Akteure“ (ebd.: 260), die sich auch in einer Vielfalt an Rechtsformen widerspiegelt (vgl. Freise/Paja 2004). Dieses breite Spektrum an Organisationen kann weiter typologisiert werden und ermöglicht dadurch auch empirisch einen leichteren Zugang. So gliedert Wex (2004: 101) dieses Spektrum in vier Organisationsbereiche auf (wirtschaftliche, soziokulturelle, politische und karitative Organisationen) und ordnet ihnen konkrete Organisationstypen zu: unter wirtschaftlichen Organisationen werden dann etwa ArbeitgeberInnenverbände oder Gewerkschaften verstanden, unter karitativen Organisationen Hilfsorganisationen für bestimmte Zielgruppen wie Süchtige, SeniorInnen oder Benachteiligte. Politische Organisationen umfassen Parteien oder organisierte BürgerInneninitiativen, soziokulturelle Organisationen Sportvereine und Organisationen aus den Bereichen Kunst und Kultur. Zimmer (2003) hingegen nimmt eine Typologisierung nach Zielsetzungen und Funktionszuschreibungen vor und ordnet das Spektrum an Organisationen in Mitgliedsorganisationen, Dienstleister, Interessenvertretungsorganisationen für Mitglieder oder Dritte und Stiftungen und unterstützende Organisationen ein (vgl. Zimmer 2003: 77).

Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Organisationen, die dem Dritten Sektor zugerechnet werden, rückt ihrer Bezeichnung in den Fokus. Bereits in der Einleitung wurde für die vorliegende Studie der Begriff ‚Nonprofit-Organisation‘ verwendet. Daneben gibt es verschiedene begriffliche Alternativen, die jeweils andere Aspekte fokussieren, beispielsweise die zivilgesellschaftliche Ausrichtung (‚zivilgesellschaftliche Organisationen‘), den internationalen Aspekt (‚NGOs‘/‚Nichtregierungsorganisation‘) oder den Aspekt der Freiwilligkeit (‚Freiwilligenorganisation‘) (vgl. Badelt et al. 2007a: 4 ff.; vgl. Breit/Massing

2002: 5). Der Begriff Nonprofit-Organisation betont die Abgrenzung zum for-profit Bereich, wenn auch nicht ohne Probleme: so wird dabei angenommen, dass NPOs keinen Gewinn machen dürfen. Gemäß dem non-distribution-constraint dürfen sie das, doch mit der Vorgabe, dass diese nicht an MitarbeiterInnen oder Mitglieder ausgeschüttet werden dürfen, sondern in die Organisation investiert werden müssen (vgl. Zimmer/Priller 2007: 16). Um die Entwicklung von Organisationen hin zu einer zunehmenden Marktorientierung auch begrifflich zu dokumentieren, wird für die vorliegende Arbeit der Begriff NPO verwendet. Soll im Besonderen der zivilgesellschaftliche Aspekt betont werden, wird alternativ auch auf den Begriff der zivilgesellschaftlichen Organisation verwiesen.³

Da NPOs eine Vielzahl an gesellschaftlichen Funktionen zugeschrieben wird, gelten sie als multifunktional. Unter anderem diese multifunktionale Ausrichtung ist es, die sie als besondere Organisationform charakterisiert (vgl. Zimmer 2007: 181). Welche Funktion besonders hervorgehoben werden, hängt von dem (wissenschaftlichen) Kontext ab, in dem NPOs diskutiert werden (vgl. Zimmer/Priller 2005: 58; Anheier et al. 2007: 17; Liebig/Rauschenbach 2010: 262): werden sie im Kontext der Wohlfahrtsproduktion diskutiert, steht damit ihre Funktion als ProduzentInnen sozialer Leistungen im Vordergrund. Damit verbunden sind Fragen wie „Wie positionieren sich NPOs im Wettbewerb mit anderen AkteurInnen?“ oder „Wie müssen NPOs aufgestellt sein und welche Rahmenbedingungen benötigt es, damit sie ihrer Leistungsproduktion nachkommen können?“. Wird hingegen der Kontext Demokratie betont, rückt die Rolle als Interessenvertretung bestimmter (benachteiligter) Zielgruppen in den Vordergrund. Hier stellt sich die Frage, wo Organisationen im gesamten politischen System als AkteurInnen verortet werden und welche Rolle ihnen im Mehrebenensystem gesamtgesellschaftlicher Governance zuteilwird (vgl. Benz et al. 2007: 297 ff.). Im zivilgesellschaftlichen Kontext wird diskutiert, inwiefern Dritte-Sektor-Organisationen die Infrastruktur für zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation bereitstellen oder wie sie Interessenvertretung organisieren – intern für die eigenen Mitglieder oder auch für eine größere Öffentlichkeit. Damit wird vor allem die soziale Dimension betont, in der Organisationen mit ihrer Arbeit gesellschaftliche Integrations- und Bildungsprozesse in den Blick nehmen. Sie sind damit auch innovative LösungsanbieterInnen für gesellschaftliche Problemlagen.

Unabhängig davon, in welchem Zusammenhang Organisationen des Dritten Sektors thematisiert werden – zusammenfassend identifizieren Liebig/Rauschenbach (2010: 265) sechs gesellschaftliche Funktionen, die ihnen zugeschrieben werden bzw. die sie übernehmen: Inklusions-, Bildungs-, advokatische, Innovations-, Problemlösungs- und Rekrutierungsfunktion. Gerade in Hinblick

³ Siehe für die Abgrenzung zum Begriff der Sozialwirtschaft Liebig/Karla 2003: 33 ff.

auf diese Funktionen stellt sich die Frage, inwiefern sich NPOs von anderen Organisationen abgrenzen, etwa von for-profit Organisationen, die ebenfalls einige der zuvor beschriebenen Funktionen übernehmen könnten. Mayrhofer/Scheuch (2007) stellen fest, dass es grundlegende Gemeinsamkeiten gibt, die insbesondere in der Produktion von Gütern zu sehen ist. Die Produktion von materiellen und immateriellen Gütern geht einher mit der Planung und Koordinierung benötigter Ressourcen, der Orientierung an KundInnen bzw. KlientInnen und dem damit verbundenen innerorganisationalen Management, welches Finanz- und Personalplanung sowie Entscheidungsprozesse umfassen. Die Abgrenzungen zwischen wirtschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen sind hingegen ungleich höher: Nicht nur ist die gesellschaftliche Bewertung und der gesellschaftliche Zweck von durch NPOs bereitgestellte Leistungen anders als der gewinnbringender Organisationen – die Messung von Leistungswirkungen, die durch NPOs erbracht werden, sind mit herkömmlichen wirtschaftlichen Indikatoren kaum möglich. Darüber hinaus müssen sich die Leistungen von NPOs den Anforderungen mehrere Anspruchsgruppen stellen, seien es GeldgeberInnen, LeistungsempfängerInnen oder politischen AkteurInnen. Diese „Mehrdimensionalität“ (ebd.) erlaubt kein bilaterales Verhältnis zwischen zwei Seiten, wie es in der wirtschaftlichen Sphäre eher der Fall ist, sondern ist von Grund auf auf ein komplexes Beziehungsgeflecht ausgelegt. Hinzukommen spezielle Rahmenbedingungen wie die Einbindung von ehrenamtlicher Arbeit (vgl. Mayrhofer/Scheuch 2007: 89 f.).

2.3 Typisch Zivilgesellschaft?!

Mit der Bestimmung dessen, was den Dritten Sektor und seine Organisationen kennzeichnet, bleibt eine weitere Frage offen: wie fügt sich hier das Konzept Zivilgesellschaft ein und was kann als „typisch Zivilgesellschaftlich“ ausgemacht werden, das diesen Organisationen gemein ist?

Historisch geht der Begriff Zivilgesellschaft auf die aristotelische Tradition zurück, gehört deshalb „zu den Zentralbegriffen europäischen Denkens über Politik und Gesellschaft.“ (Kocka 2003: 29) Er nahm seit jeher den Bereich außerhalb von Familie und Haus und das Gemeinwesen in den Blick. In der Zeit der Aufklärung war der Begriff positiv besetzt und fokussierte auf den/die mündige BürgerIn in der öffentlichen Sphäre. Unter anderen dadurch wurde der Begriff Zivilgesellschaft zunehmend in Abgrenzung zum Staat betrachtet. Im frühen 19. Jahrhundert erfuhr der Begriff vor dem Hintergrund der kritischen Betrachtung des Verhältnisses von Arbeit und Kapital eine Umdeutung – nun verstanden als ‚bürgerliche Gesellschaft‘ erhielt er für einen langen Zeitraum eine negative Konnotation und wurde bis in die 1980er Jahre hinein wenig beachtet. Mit der Ver-

breitung des Kapitalismus wurde Zivilgesellschaft seitdem nicht mehr nur gegenüber dem Staat, sondern zunehmend auch gegenüber dem Wirtschaftsbereich abgegrenzt:

„Der Begriff reflektiert damit eine Kapitalismuskritik neuer Art, denn die auf Diskurs, Konflikt und Verständigung setzende Logik der Zivilgesellschaft verspricht andere Problemlösungen als die Logik des Marktes, die auf Wettbewerb, Austausch und Optimierung des individuellen Nutzens beruht.“ (ebd.: 31).

Vor dem Hintergrund dieser neueren Betrachtung gilt das Konzept der Zivilgesellschaft mittlerweile sowohl im politischen Diskurs als auch in der Wissenschaft als etabliert. Jedoch hat sich, obwohl Begriff und Konzept in verschiedenen Kontexten diskutiert werden, bislang kein einheitliches Modell oder ein einheitlicher theoretischer Zugang etabliert (vgl. Zimmer 2007: 204). Eine erste Unterscheidung, sich dem Konzept zu nähern, bietet Kocka (2003) an, indem er einerseits einen normativen, andererseits einen deskriptiv-analytische Zugang unterscheidet. Der normative Zugang versteht Zivilgesellschaft als politisches Programm, als „Utopie, ein immer noch nicht voll erfülltes Versprechen“ (Kocka 2003: 33, Hervorh. i.O.) und damit als „niemals identisch mit real existierenden Gesellschaften [...], weder früher noch heute“ (ebd.). Referenzpunkt ist hier die Politischen Theorie, genauer die Demokratietheorie, die vier verschiedene Positionen mit jeweils einem anderen Bild des/der BürgerIn in der Gesellschaft umfasst (vgl. Zimmer 2007: 206 f.). Der deskriptiv-analytische Zugang hingegen fokussiert die AkteurInnen der Zivilgesellschaft, also die verschiedenen Arten von Organisationen (vgl. ebd.: 205). In diesem Zusammenhang wird diskutiert, wie Demokratisierung durch eine normative Ausrichtung der AkteurInnen vorangetrieben werden kann. Inwieweit jedoch die konkreten Organisationen diesem Handlungsprogramm folgen, bleibt weitestgehend unberücksichtigt (ebd.: 215). Besonders am Konzept Zivilgesellschaft ist, dass sich beide Zugänge in ihm verbinden. Darüber hinaus erlaubt es, mehrere Ebenen gleichzeitig zu berücksichtigen: Zum einen die Makroebene, für die insbesondere der normative Zugang einen Rahmen bereitstellt, die Mesoebene der Organisationen und die Mikroebene, die die in den Organisationen agierenden Individuen betrachtet (vgl. ebd. 211).

Vor diesem Hintergrund definiert Kocka (2003) Zivilgesellschaft in dreifacher Weise:

1. Als spezifische Form sozialen Handelns
2. Als einen Bereich zwischen den Sektoren Staat, Wirtschaft und Privatsphäre
3. Als Kern eines umfassenden Programms oder Entwurfs

Das Spezifische der ersten, handlungslogischen Dimension zeichnet sich durch mehrere Merkmale aus: *erstens* ist diese Form des Handelns durch Selbstorganisation und Selbstständigkeit gekennzeichnet, sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. *Zweitens* meint es Handeln im öffentlichen Raum, zu dem Konflikt, Austausch und Kompromiss gehört. Damit werden *drittens* gleichzeitig Heterogenität und Pluralität der Gesellschaft anerkannt. *Viertens* ist zivilgesellschaftliches Handeln friedlich und gewaltfrei. *Fünftens* geht es von individuellen Interessen und Erfahrungen aus, die dann durch das Engagement Einzelner in das Allgemeinwohl mit einfließen (vgl. Gosewinkel et al. 2004b: 11; vgl. Kocka 2003: 32). Diese Handlungslogik findet sich zwar auch in anderen Teilbereichen der Gesellschaft, wie Wirtschaft, Politik oder Familie. Dominant ist sie jedoch in der zivilgesellschaftlichen Sphäre, während in den anderen Bereichen andere Modi zum Tragen kommen. Ebenjene Sphäre meint Kocka mit seiner zweiten Dimension – den sozialen Bereich zwischen Wirtschaft, Staat und Privatsphäre. Hier agieren zivilgesellschaftliche Organisationen selbstorganisiert nach ihrer eigenen sozialen Handlungslogik. Sowohl diese spezifisch zivilgesellschaftliche Handlungslogik als auch der Bereich, in dem sie zum Tragen kommt, institutionalisiert sich jedoch nur, wenn beides in ein umfassendes Konzept eingebettet ist. Dieses berücksichtigt ökonomische, soziale, politische und kulturelle Bedingungen bzw. deren Veränderungen. Diese sind auf die Weiterentwicklung von Demokratien ausgerichtet, sodass Zivilgesellschaft immer auch nur eine gesellschaftliche Momentaufnahme darstellt. Damit ist die dritte Weise beschrieben, anhand der Kocka Zivilgesellschaft definiert (vgl. ebd.: 33; vgl. Zimmer 2007: 205).

Was Zivilgesellschaft also auf allen Ebenen und Dimensionen ausmacht, ist ihr ziviler Moment, im umgangssprachlichen Sinn eine politische Kultur, die nicht nur auf sich selbst, sondern auch auf die Gemeinschaft ausgerichtet ist (vgl. Zimmer 2007: 209; vgl. Gosewinkel et al. 2004b: 12). Der Bereich, in dem diese Kultur herrscht, ist ein öffentlicher, „in dem sich Personen, Gruppen [...] in einem Verhältnis der wechselseitigen Anerkennung begegnen“ (Gosewinkel/Rucht 2004: 48). Damit bestimmen nicht nur die AkteurInnen, was Zivilgesellschaft ausmacht, sondern vor allem ihre institutionalisierten Interaktionen untereinander. Gerade weil Zivilgesellschaft durch eine Vielzahl an unterschiedlichen AkteurInnen charakterisiert ist, gilt das Prinzip der Anerkennung von Unterschiedlichkeit – bei gleichzeitiger grundlegender Gleichheit der AkteurInnen (ebd. 49). Damit geht das Einverständnis einher, dem Prinzip des Konsenses und des Kompromisses zu folgen, was wiederum dem Interesse der Gemeinschaft entspricht. Wird dieses Prinzip aufgrund eigener Vorteile gebrochen, wird das Zusammenleben aller gefährdet (ebd.). Auch wenn dieses zivilgesellschaftliche Verständnis zunächst normativ erscheint, so wird damit lediglich beschrieben, dass es „die empirische

Geltung bestimmter Normen zum Kriterium [erhebt]“ (ebd.) Inwiefern diese Normen eingehalten werden dient damit als Gradmesser dafür, inwieweit Organisationen beispielsweise eine zivilgesellschaftliche Ausprägung aufweisen. Diese findet ihren Ausdruck auf individueller Ebene, also den EntscheidungsträgerInnen in einer Organisation, aber auch auf struktureller Ebene, etwa durch das „Eingehen von Partnerschaften, [den, C.R.] systematische[n] Einbezug zivilgesellschaftlicher Handlungslogiken in Leitbilder, Öffnung von Organisationsstrukturen und Handlungsabläufen für zivilgesellschaftliche Beiträge etc.“ (vgl. Klein et al. 2010: 26).

An dieser Stelle findet sich die Schnittmenge zwischen Zivilgesellschaft und Drittem Sektor, denn seine Organisationen bilden den institutionellen Kern der Zivilgesellschaft (vgl. Priller/Zimmer 2004: 105; vgl. Zimmer 2003: 76). Sie weisen die oben beschriebene zivilgesellschaftliche Dimension auf, wenn auch nicht ausschließlich. Diese Dimension „kommt vor allem in ihren Qualitäten der Selbstorganisation, Gemeinwohlorientierung und Staatsunabhängigkeit sowie in der Fähigkeit der Bindung bürgerschaftliches Engagements zum Ausdruck.“ (Priller/Zimmer 2004: 106). Inwieweit dieses zivilgesellschaftliche Profil aufrechterhalten werden kann, hängt jedoch von den organisationalen individuellen Kontextbedingungen ab (ebd.). Zimmer (2007) stellt deshalb heraus, dass gerade der empirisch-analytische Zugang zum Konzept Zivilgesellschaft mit seinem Fokus auf konkrete Organisationen nicht umhin kommt, deren Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen und zu analysieren (Zimmer 2007: 210). Dies soll im nächsten Kapitel geschehen.

Strategien zivilgesellschaftlicher Organisationen im
Umgang mit Veränderungen

Zwischen Pragmatismus und Idealismus

Rentzsch, C.

2018, XV, 288 S. 18 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-19677-6